



Union ist die stabile Kraft der Großen Koalition

Nach dem würdelosen Umgang mit ihrem Bundesvorsitzenden Beck sucht die SPD nun ihr Heil in einer neuen Spitze. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch weiterhin ungeklärt. Während der designierte Beck-Nachfolger Müntefering erklärt, seine Partei werde nach der Bundestagswahl auf keinen Fall mit der Linkspartei koalieren, demonstriert Frau Ypsilanti in Hessen weiter, wie unglaublich sozialdemokratische Wahlversprechen sind. Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen und nur angetrieben von ihrem eigenen Machtwillen sucht sie weiterhin die Zusammenarbeit mit den Altkommunisten. Und auf Bundesebene wirbt die sozialdemokratische Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten offen um die Stim-

men der Linkspartei. Jetzt sind Kanzlerkandidat Steinmeier und der künftige SPD-Vorsitzende Müntefering aufgefordert, die Glaubwürdigkeit der SPD wiederherzustellen und den hessischen Experimenten ein Ende zu bereiten.

Unklarheit herrscht auch hinsichtlich des weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Sozialdemokraten: Wollen sie weiter in der unionsgeführten Bundesregierung die notwendige Modernisierung unseres Landes vorantreiben oder flüchten sie in die Realitätsverweigerung linker Wohlfühlpolitik? Bekennt sich die Parteiführung zu den Erfolgen der Sozial- und Arbeitsmarktreformen oder folgt sie den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahmen der Reformen? Wir for-

dern die SPD-Führung auf, in dieser Frage endlich Klarheit herzustellen.

Angesichts der Zerrissenheit der SPD ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf uns kommt es deshalb an, wenn auch im letzten Jahr der Legislaturperiode wichtige politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit: Reform der Erbschaftssteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten sind nur einige wichtige Stichworte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich klar und eindeutig zur Regierungsverantwortung in der Großen Koalition und wird alles tun, auch die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl zum Erfolg werden zu lassen.



Kanadas neuer Botschafter nach Oberberg eingeladen

Seit drei Tagen ist der neue kanadische **Botschafter Peter Boehm** offiziell in Berlin im Amt. Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Flosbach empfing den Botschafter am Donnerstag im Bundestag und lud ihn nach Oberberg ein. „Als Siebenbürger Sachse ist ihm die deutsche Sprache vertraut. Vor gut 30 Jahren war er sogar schon mal in Wiehl-Drabenderhöhe“ berichtet Flosbach von seiner Begegnung mit dem Kanadier. „Ich freue mich, dass er sofort zugesagt hat.“



Die Woche im Parlament

In erster Lesung haben wir über den Bundeshaushalt für 2009 debattiert. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf und der Finanzplan bis 2012 sind eine gute Grundlage für die parlamentarischen Beratungen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist gut vorangeschritten, das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts ohne neue Schulden bis 2011 wurde bekräftigt. Die Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 wird weiter reduziert. Damit setzt die große Koalition ihren Konsolidierungskurs konsequent fort.

Der Haushalt 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288,4 Mrd. Euro vor. Die Investitionen im Bundeshaushalt werden um 1 Mrd. Euro gegenüber 2008 steigen, vor allem für Forschung, Bildung, Entwicklung sowie Verkehr. Die Investitionsausgaben erreichen eine Höhe von 25 Mrd. Euro jährlich bis zum Jahr 2012.

Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 werden also auch die wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben gestärkt. Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut. Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen unserer zukunftsorientierten Familienpolitik. Hierfür werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen schaffen.

Bei der Arbeitsmarktpolitik wollen wir erreichen, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung noch weiter gesenkt werden kann. Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensiver durch bessere Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen bekämpft werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Verbesserungsmöglichkeiten, die sowohl den Arbeitslosen zugute kommen als auch das Budget entlasten.

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)“ beschlossen. Die UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung um 15 Monate bis zum 15. Dezember 2009 möchte Deutschland auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens beizutragen. Auf der Grundlage der UN-Resolution 1701 aus dem Jahre 2006 soll mit dem Einsatz ein Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts mit Israel verhindert werden. Die maritime Präsenz wird kombiniert mit Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe, die die Fähigkeiten der libanesischen Marine zur Sicherung der eigenen Seegrenzen fortlaufend verbessert. Solange die Fähigkeiten der libanesischen Armee zur Sicherung seiner Seegrenzen nicht ausreichend sind, ist der deutsche Beitrag erforderlich. Aufgrund erster Erfolge kann die Mandatsobergrenze für die Bundesmarine von 1.400 auf 1.200 Soldaten reduziert werden.

Desweiteren verlängern wir die beiden Missionen UNAMID (AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur) und UNMIS (Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan) bis zum 15. August 2009. Insbesondere in Darfur bleibt die Lage durch Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen, Milizen und Banditen besonders angespannt. Deshalb ist die von den Vereinten Nationen und Afrikanischer Union gemeinsam geführte Mission UNAMID zum Schutz der notleidenden und verfolgten Zivilbevölkerung unverzichtbar. Die Bundeswehr ist mit bis zu 250 Soldaten beteiligt und unterstützt die afrikanische Friedensstruppe vor allem logistisch und mit Transportflügen.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Friedenskonsolidierung im Sudan ist das Bundeswehr-Engagement bei UNMIS. Bis zu 75 deutsche Soldaten sollen helfen, die schwierige Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005 zu überwachen und zu unterstützen